

„Friedrich - Wilhelms - Universität“. Thema: „Die Stellung des Strafrichters zur ‚Schuldfrage‘.“

Die Arbeit behandelte den gerade zwei Jahre alten Paragraphen 2 des Strafgesetzbuches: „Bestraft wird, wer eine Tat begeht, die das Gesetz für strafbar erklärt oder die nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient. Findet auf die Tat kein bestimmtes Strafgesetz unmittelbar Anwendung, so wird die Tat nach dem Gesetz bestraft, dessen Grundgedanke auf sie am besten zutrifft.“

Doktorand Rejewski, damals freilich erst 23, zieht in seiner Dissertation Rechtslehrer und Gerichte, ja Reichsgericht und Oberreichsanwalt einer zu laxen Anwendung des neuen Rechts, besonders der zu seltenen

jüdische Dirnen einen Mann deutschen Blutes zum geschlechtlichen Verkehr verleiten.“ In solchen Fällen fordere das „gesunde Volksempfinden“ durchaus auch die gesetzlose Bestrafung der Frau „als Täterin der Rassenschande“. Denn es gelte, „der Vermischung mit artfremdem Blut, die das Rassebewußtsein des einzelnen Menschen und damit den Fortbestand der Nation gefährdet, entgegenzuwirken“.

Die letzte Würde für seine Ausführungen zur Erlangung der Doktorwürde bezog Rejewski von dem späteren Präsidenten des Volksgerichtshofs Roland Freisler: Es „sei noch einmal an die Worte Freislers erinnert“, so das Fazit des Doktoranden, „daß der vorgeschriebene Blick des Richters auf das Gesetz niemals die Verurteilung des Angeklagten unmöglich

Die Drohung ist an der Ruhr allerdings gegenwärtig. Zwischen Dortmund und Duisburg waren 1957 noch 496 000 Bürger im Bergbau beschäftigt; nur 240 000 überlebten — vorerst — das Zechensterben. Den Verlust der Existenz vor Augen, sind diese Kumpels empfänglich geworden für nationalistiche Heilslehren — als könne der rechte Glaube die Kohlenberge versetzen.

Das Revier steckt, wie der Gewerkschafter Niggemeier beteuert, in „einer gefährlichen Phase“ politischer Radikalisierung. „Wenn morgen gewählt würde“, so sagt Karl-Heinz Trojahn, Betriebsratsvorsitzender der Gelsenkirchener Zeche „Hugo“ (3600 Arbeitnehmer), „dann werden bei uns 40 Prozent für die NPD stimmen.“ Denn jetzt ist, wie der Betriebsratschef Helmuth Mamulla von der Zeche „Recklinghausen“ (3200 Arbeitnehmer) bestätigt, „fast jeder zweite Kumpel geneigt, radikal zu wählen“.

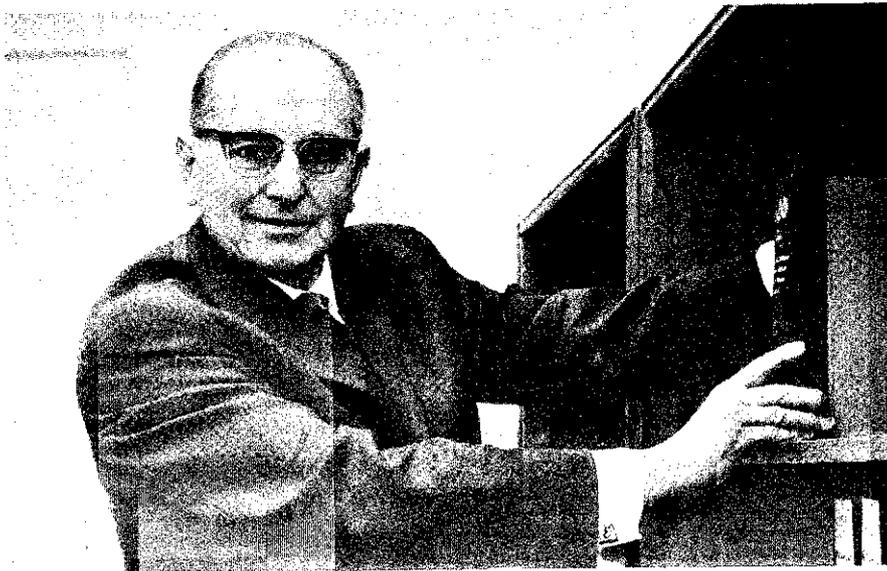
Auf Flugblättern der Gewerkschaft tauchen Wendungen auf, die noch vor einem Jahr nicht einmal gedacht worden wären: „Profitgierige, reaktionäre Unternehmerclique“. In Dortmund-Huckarde, wo sich 15 000 Bergleute zur bislang größten Demonstration im Kohlenpott zusammenroteten, wurden unter roten Fahnen rote Zettel verteilt: „Auf die Barrikaden, Kollegen.“ Aktivisten stichelten: „Schmeißt die Autos um. Bohrt ein Loch in den Tank und steckt sie an.“

Und als die Belegschaft der von Stilllegung bedrohten Zeche „Concordia“ (3000 Arbeitnehmer) in Oberhausen auf die Straße ging, da konnten, wie sich Betriebsratschef Rudolf Schoof erinnert, Gewerkschaftsfunktionäre die Massen „nur mit Mühe“ hindern, „beim kaufmännischen Direktor die Scheiben einzuschlagen und den Bahnhof zu stürmen“.

Die Püttmänner rotten sich zusammen. Belegschaftsversammlungen, in den satten Jahren selten besucht, sind überfüllt. Es gibt, wie Betriebsrat Franz Krüger von der Zeche „Bergmannsglück-Westerholt“ sagt, „keinen Saal mehr, der groß genug ist“.

Die Stimmung ist gereizt. Helmuth Mamulla von „Recklinghausen II“ sorgt sich: „Wir haben die Versammlungen nicht mehr in der Hand.“ Und die Kumpel der Wanne-Eickeler Zeche „Pluto“, die ebenfalls stillgelegt werden soll, haben sich darum „gekloppt“, wer die Transparente zum Huckarder Aufmarsch tragen soll — „das hat es noch nie gegeben“ („Pluto“-Betriebsratschef Baranowski).

Was es noch alles geben wird, möchte Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Heinz Kühn beizeiten wissen. Er hat eine Meinungsfrage in Auftrag gegeben, die dem Gemurre auf den Grund gehen soll. Im kleinen Kreis spekulierte Kühn, nach der nächsten Landtagswahl würden NPD und DFU wohl ins Parlament einziehen. Und vor dem Plenum kündigte er eine Invasion kommunistischer Agenten an: Die DDR bereite zur Zeit „mehr als 2000 Leute“ für den Einsatz im Ruhrgebiet vor.



Bundesanwalt Rejewski: Gesundes Volksempfinden

Rechtsschöpfung nach „gesundem Volksempfinden“ („der Born, die Quelle, aus der geschöpft wird“).

„Der Wert der Rechtsschöpfung liegt ja gerade darin“, dozierte Rejewski, „daß der Richter... gesetzlich nicht erfaßte strafwürdige Sachverhalte von Fall zu Fall bestrafen kann.“

Eine „Möglichkeit von Tatbestandsneubildung durch Rechtsschöpfung“ sah Rechtsjünger Rejewski zum Beispiel „auf dem Gebiete des Rassenschutzes“. Er hielt es für unzureichend, daß nach dem „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ bei „außerehelichem Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“ immer nur „der männliche Teil des Rasseschänderpaares strafrechtlich erfaßt werden“ könne. Die Frau werde „bei dem Gedanken, von strafrechtlichen Folgen verschont zu bleiben, dem Verlangen des Mannes und ihrer eigenen Lust zum Geschlechtsverkehr leichter nachgeben“.

Zudem: „Es können deutschblütige Dirnen einen Juden und umgekehrt

machen werde, wenn das gesunde Volksempfinden wirklich die Tat als strafwürdig ansehe“.

Der neuernannte Bundesanwalt Rejewski heute dazu: „Da kann man mal sehen, was für einen Blödsinn man der Jugend einreden kann.“

RUHR

RADIKALISIERUNG

Abends duster

Eins möchte ich Ihnen schon heute anvertrauen“, schrieb Bergmann Franz Meier aus Gelsenkirchen-Buer an die IG-Bergbau-Zeitung „Einheit“: „Bei der nächsten Wahl wähle ich wie so viele meiner Arbeitskameraden die NPD.“

Für den Chef des Gewerkschaftsblatts, Horst Niggemeier, ist dieser Brief „kein Einzelfall“. Und er nimmt die Voraussage ernst: „Ich glaube nicht, daß die nur damit drohen, sie werden sie auch wählen.“

Vorerst freilich sind politische Provokateure im Revier kaum auszumachen. Und das erscheint unbegreiflich bei all der radikalen Regsamkeit: Rutsch nach links und Ruck nach rechts vollziehen sich ohne die Nachhilfe radikaler Parteien.

Zwar behauptet NPD-Führer Adolf von Thadden, es gebe an der Ruhr „deutlich mehr Anmeldungen“ für seine Partei und die Mehrheit der neuen Mitglieder komme „aus Kreisen der Bergleute“. Doch in Oberhausen etwa sind nur knapp 50 Bürger in NPD-Listen eingeschrieben, und als jüngst für den Großraum Dortmund (200 Mitglieder) eine Versammlung angesetzt war, erschienen nur 27 Nationaldemokraten.

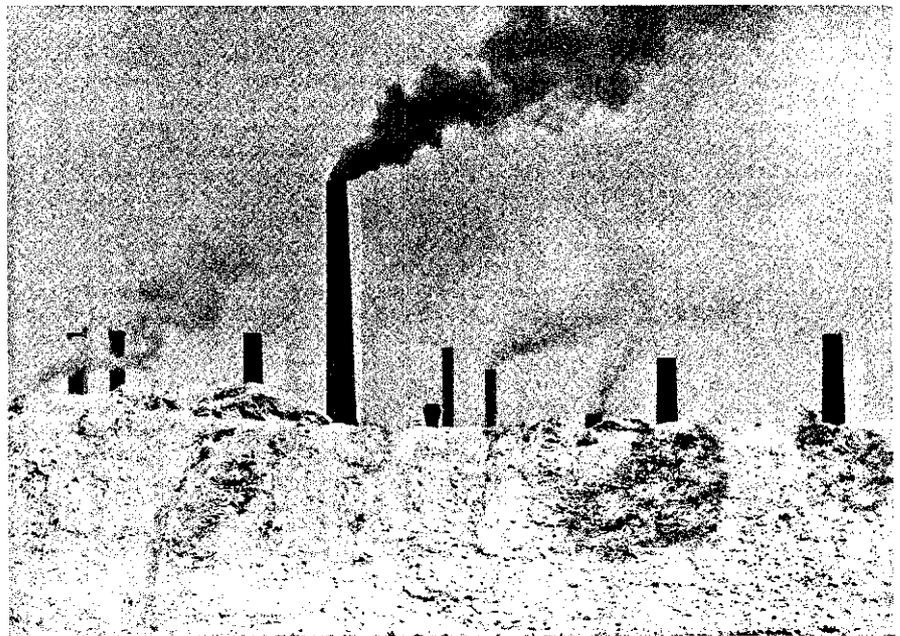
NPD-Agitatoren sind rar an der Ruhr. Nur wenige sind dem Namen nach bekannt, wie der Schießmeister Walter Scharpwinkel in Wanne-Eickel, der an einem Lohntag auf „Pluto“ versuchte, Kollegen zum Austritt aus der Gewerkschaft zu bewegen.

Die Parteizentrale beschränkt sich auf Sprüche in ihrem Blatt „Deutsche Nachrichten“: „Während die Kraftwerke an der norddeutschen Küste weiter USA-Kohle verfeuern, wachsen die Kohlenhalden an Ruhr und Saar.“ Und sie ließ 800 000 Flugblätter in den Westen schicken („Das Revier stirbt... und Bonn kauft Kohle in den USA“), die am 25. November in Zechenstädten verteilt werden sollten. Doch nur an wenigen Orten, etwa in Dortmund und Wanne-Eickel, trabten einzelne NPD-Getreue von Haus zu Haus, um die gelben Zettel in die Briefkästen zu stecken.

Nicht minder müde nimmt sich die KP aus. Zwar bekennen sich ihre ehemaligen Mitglieder wieder offen als Kommunisten, sie kümmern sich in den Betrieben mit hohem persönlichem Einsatz um das Wohl der Arbeiter, und sie sind dort, wie „Pluto“-Betriebsrat Fritz Janus rühmt, „die besten Gewerkschaftler“. Kommunistische Untergrundarbeit aber ist selten; gelegentlich wird eine illegale Betriebszeitung verteilt oder eine lokal begrenzte Flugblattaktion gestartet.

Die Genossen aus Ost-Berlin bauen vor allem auf die Alt-Genossen, die nach dem KP-Verbot im Westen verblieben waren. Doch diese Rest-Revolutionäre sind grau und lustlos; auch fehlt es an Nachwuchs. Und sie sind Wohlstandskommunisten geworden: Weil einige KP-Funktionäre vom Kleinwagen auf die schnelle Mittelklasse umgestiegen sind, mußte sich jüngst der Düsseldorfer Verfassungsschutz mit stärkeren Autos (etwa BMW 2000) ausrüsten, um mithalten zu können.

So rühren die Spannungen, die das demokratische Fundament des Reviers zu zerreißen drohen, allein aus der Depression, die seit Jahren über dem grauen Land lastet. Daß es trotz allem Wetterleuchten bislang nicht zu explosiven Entladungen kam, ist weniger den Hilfsaktionen von Bund und Land zu danken als dem gelassenen Wesen der Bergmänner.



Kohlenhalden an der Ruhr: Zwischen sterbenden Zechen...

Das haben sie von den Ahnen: Als sich vor gut einem Jahrhundert das Wald- und Weideland längs der Ruhr ins „Revier“ wandelte, strebten die zweiten Söhne westfälischer und bergischer Bauern in den Pütt, wo mit stämmigen Gliedmaßen gut Geld zu verdienen war; später kam eine zweite Welle — aus polnisch besiedelten Gebieten, Vorfahren der Kapitulskis und Tibulskis, die eher zäh denn feurig veranlagt sind.

Und wie die Abstammung, so prägte auch die Arbeitsart die Mentalität der Kumpel. Fast nackt, angetan mit Arschleder, Helm und Knöchelschutz, brechen sie im Lampenlicht die Kohle aus ihrem „Berg“ — mal in warmer, mal in kalter Zugluft, teils bei Nässe, stets unter Staubeinwirkung, zuweilen liegend und immer in Gefahr; im Jahresdurchschnitt hat der Untertagearbeiter zwei bis drei Unfälle.

Die Arbeit, die ein natürliches Pathos hat, Kumpel-Manieren und eine eigentümliche soziale Umwelt sind

Keime jenes Ruhr-Mythos, der den Bergleuten stets eine Sonderstellung in der Masse der Werktätigen gab. Ihr Beruf war mit keinem anderen vergleichbar; sie selber waren stets zu sehr Handarbeiter, um je rechte Bürger zu werden, zu konservativ und kleinbürgerlich, um je richtiger Proletarier zu sein.

Kaum ein Stand ist in der Vergangenheit so hofiert und privilegiert worden; kaum ein Arbeiter hatte ein so stolzes Ständesbewußtsein. Und so erklärt es sich, daß die guten Deutschen an der Ruhr, die jahrzehntlang nur auf den Rängen des Schalker Fußballstadions Transparente schwengen und allenfalls in einer Bergmannskapelle auf die Pauke hauten, nun zu Gewalttaten neigen. Denn es droht ihnen nicht nur der Verlust der beruflichen Existenz, sondern auch die Vertreibung aus ihrer überkommenen Gefühlswelt.

Nur widerstrebend nimmt das Ruhrvolk wahr, daß die Kohlen nicht mehr stimmen. Seit 1957, als sich noch über

Das Revier stirbt ...

... und Bonn kauft Kohlen in USA

Während in den letzten Wochen in der Bundesrepublik sich die Todesliste sterbender Zechen erneut verlängerte, wird im Ausland die Kohleförderung gesteigert.

Während weitere 5000 Bergleute ihre Papiere bekommen, verfeuern unsere Kraftwerke an der Nordseeküste feißig US-Kohlen.

Während bereits 260000 Bergleute entlassen sind und bis 1970 noch ca. 100000 Bergleute entlassen werden sollen, führt die Bundesrepublik Millionen Tonnen Kohle aus Amerika ein.

Während US-Kohle zollfrei eingeführt wird, verschleudert man erstklassige schwelofarme Saarkohle an amerikanische Konzerne.

Während die USA und die Sowjetunion ihre Kohleförderung kräftig steigern, sterben in der Bundesrepublik die besten Zechen.



... rote Fahnen und rechte Parolen: NPD-Flugblatt, NPD-Werber an der Ruhr

140 Gruben die Seilscheiben der Fördertürme drehen, ist die Zahl der Schachtanlagen auf 70 gesunken. Zwar wurde der größte Teil freigesetzter Kräfte von einem aufnahmefähigen Arbeitsmarkt aufgesogen. Doch für die meisten Bergleute war der Wechsel — etwa im Gegensatz zu Grubenhandwerkern — mit einem Einkommensverlust verbunden. Denn „der beste Hauer“, so erklärt „Concordia“-Betriebsrat Schoof, „ist an einem anderen Arbeitsplatz nur ein Hilfsarbeiter“. Und Einbußen müssen auch die hinnehmen, die zwar noch einfahren, aber Kurzarbeit machen.

Düster ist schließlich „die Zukunft des Menschen im Revier“ — so der Titel einer Ruhr-Diskussion, auf der Hoesch-Generaldirektor Willy Ochel dem nordrhein-westfälischen Regierungschef Heinz Kühn widersprach: Nicht 80 000, wie der Premier prophezeit hatte, sondern 200 000 Berg-

denn die haben in zwei Jahrzehnten vor Ort natürlich oft gesundheitliche Schäden erlitten, und das wissen die Firmen“.

Rudolf Schoof von der Zeche „Concordia“ klagt: „Ich würde lieber heute als morgen von hier weg, aber wenn ich mich bewerbe und die Firmen hören 40 und 17 Jahre Bergbau, dann ist es aus.“ Und verbittert resümiert „Hansa“-Betriebsrat Raimond Hesse: „Bald müssen wir dahin gehen, wo wir die Gasterbeiter weggeholt haben, nach Spanien oder bei die Türken.“

Das klingt übertrieben. Und doch ist unzweifelhaft, daß die einstmalige intakte Gesellschaft im Revier zu zerfallen droht. Eine Stadt wie Bottrop etwa, von deren 13 000 Industriebeschäftigten rund 75 Prozent im Bergbau tätig sind, steht vor kaum lösbaren Problemen. Und der einst vom Bergbau lebende Nordwesten Dortmunds zum Beispiel, ein Einzugsgebiet von

Doch so lieb sie den Bergleuten wieder geworden ist — die Kommunistische Partei ist noch immer verboten. Die DFU aber erscheint den meisten Püttmännern zu schwach. Anderen ist, wie IG-Bergbau-Sprecher Niggemeier meint, die KP „durch das DDR-Regime diskreditiert, oder sie fühlen sich zu fein, um noch Kommunisten zu sein“.

Malereien auf Gasleitungen und an Wettertürnen symbolisieren das Dilemma des einst roten Reviers, das nicht wieder rot werden will oder kann: Neben „KPD“ und „DFU“-Schriftzeichen steht jetzt „NPD“.

„Die NPD ist hier die kommende Partei“, sagt Max Wegner, Betriebsrat der Zeche „Zollverein“ in Essen-Katernberg. Das sei „allgemein der große Trend, ganz egal, welche Religion der Mann oder welches Parteibuch er hat“. Es ist die Agonie der Linken, die sich



Bergmann in der Waschkau, Bergmanns-Siedlung*, Bergmann unter Tage: „Was der Teufel in Berlin kann ...“

leute würden in nächster Zeit ihren Arbeitsplatz verlieren.

Die Umstrukturierung in Bergbaugebieten aber läuft nur schwerfällig an, Ausweichmöglichkeiten am Ort sind rar. Überdies sind die meisten Kumpel weder willens noch fähig, sich auf andere Berufe umschulen zu lassen. Für den Bergmann mit 40, zumindest aber mit 45 Jahren „ist Schluß, da gibt es gar nichts mehr“ (Gewerkschaftssekretär Bernhard Oesterschlink). Von der 3000-Mann-Blegschaft der Zeche „Concordia“ sind zum Beispiel rund 1400 Arbeiter über 40. Davon bleiben, wie Betriebsrat Schoof vermutet, mindestens „1000 Mann auf der Strecke“.

Denn der Arbeitsmarkt ist jetzt gesättigt, vor allem für langgediente Bergmänner ist es schwer, Stellung zu finden. Dr. Fritz Hermann Keienburg, Leiter der Evangelischen Akademie im westfälischen Iserlohn, hört „immer wieder, daß Leute im besten Alter, um die 40, keine Arbeit mehr bekommen,

80 000 Menschen, wirkt heute wie ausgestorben. Da ist es, so Raimond Hesse, „abends düster, die brauchen kein Licht mehr auf der Straße brennen“.

In all dieser Tristesse, die nun auch das soziale Klima an der Ruhr verpestet, gedeiht der Radikalismus. Und es gibt nur noch eine Richtung, in der sich das Übel verbreiten kann: nach rechts.

Zwar hißten Bergleute, als die Zeche „Ewald“ in Herten 580 Mann entlassen wollte, auf einem Schachtgerüst ein rotes Sporthemd, das sie mit Hammer und Sichel bemalt hatten. „Concordia“-Kumpel behaupteten in einer Betriebsversammlung, was sich die „Zechenbarone“ leisteten, könne „drüben nicht passieren — da würde man solche Leute als Wirtschaftsverbrecher aufhängen“. Und als das Sekretariat des sozialdemokratischen Unterbezirks Recklinghausen bei einer Zeche anrief und sich mit „SPD“ meldete, tönte es zurück: „KPD wäre uns lieber.“

* In Duisburg-Hamborn.

darin äußert, und es ist Protest gegen die Schwerfälligkeit, mit der Bund und Land die Kohlenkrise angehen.

„Das sind keine überzeugten NPDisten“, meint Peter Schneider, Betriebsrat auf dem Schacht „Eiberg“ in Steele, „die wollen nur Druck machen.“ Und die Verwirrung ist so groß, daß Bergleute links empfinden und rechts reden. So Manfred Pritzsche, Aufsichtsratsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks AG (GBAG) und Betriebsrat der Zeche „Zollverein“ in Essen-Katernberg: Er ist alter Sozialdemokrat, will DFU wählen und argumentiert mit der NPD. „Jeder Politiker, der unser Volksvermögen verkauft“, so sagt er, „ist ein Verräter.“ Oder: „Statt deutsche Kohle zu verheizen, nehmen wir immer mehr Öl. Wir sind die beste Kolonie, die die Amerikaner je hatten.“

Mit Protest und KP-Verbot allein ist freilich jener „große Trend“ nicht zu erklären: Die platten Parolen der Na-

tionaldemokraten treffen fraglos die Mentalität des Kumpels, der auch als Parteibuch-Sozialist stets kleinbürgerlich empfand. „Der NPD-Appell an das deutsche Ordnungsbewußtsein“, so hat der Bergmannspfarrer Philipp Nessling aus Essen erkannt, „kommt bei den Bergleuten gut an.“

Bleibt das Phänomen, daß die Nationaldemokraten ohne nennenswerten Werbeaufwand an der Ruhr reüssieren. Gewerkschaftler und Betriebsräte erklären es sich aus einem bewährten Rezept, dem einst auch die Sozialdemokraten vertrauten: Mundpropaganda am Arbeitsplatz. Dabei sind es, wie Paul Hasch, Sozialbeauftragter der Zeche „Recklinghausen II“, notierte, vor allem „die Arrivierten, die mittlere Führungsschicht der Steiger und Obersteiger, die für die NPD Propaganda machen“.

Vor Ort, in der Kaue und auf dem Förderkorb formen sich die Püttmän-

ne-Eickel) und „Concordia“ (Oberhausen) ist für das Jahr 1968 angekündigt. Bedroht davon sind rund 8400 Beschäftigte. Und an ihrem Schicksal werden Fähigkeit wie guter Wille von Bund und Land gemessen werden, die Bergbaukrise zu bewältigen.

hört solche Sprüche: „Bei Adolf wäre das nicht passiert.“

Degens Bottroper Kollege Helmuth Pohl von „Prosper III/IV“ ist „erstaunt und erschüttert“ darüber, daß „in Gesprächen immer wieder Sympathien für die NPD“ geäußert werden — häufig auch „von ganz alten SPD-Mitgliedern“. Betriebsrat Karl-Heinz Trojahn von der Gelsenkirchener Zeche „Hugo“ („die war immer ziemlich katholisch“) hat in seinem Betrieb eine „ganz klare Aussage für die NPD“ vernommen, und in den Gaststätten seiner Stadt („die mal eine rote Hochburg war“) hört er „an fast jedem Abend Diskussionen über die NPD, und es ist selten einer dabei, der gegen diese Partei spricht“.

Betriebsratschef Mamulla erwartet („wenn morgen gewählt würde“) „einen Stimmanteil der Radikalen von 25 Prozent, davon mindestens 15 Prozent NPD“. Und Max Wegner vom

Werden diese drei Pütts stillgelegt, so besteht für die 8400 Arbeiter und Angestellten wenig Aussicht, in ihrem Wohnbereich eine neue Stellung zu finden. Mag sein, daß die Kumpels dann, wie sie drohen, „mal kräftig auf den Putz kloppen“ und „wieder mal die Hackenstiele aus dem Magazin holen“. „Hansa“-Kumpel prophezeien, es ginge ganz schnell, „dann liegt ganz Dortmund still“. Denn „wenn wir hier keine Arbeit mehr haben und man uns abschieben will, dann ist das Ruhrgebiet am Brennen“, und „was der Teufel in Berlin kann, das können wir schon lange“.

Es bedürfe schon jetzt nur des Anstoßes, meint Betriebsrat Helmuth Pohl aus Bottrop, denn „wenn wir (Betriebsräte) aufstehen würden, dann würden alle aufstehen“. Und die Funktionäre, die stets Mäßigung predigten, sind derweil ihrer selbst nicht mehr sicher. So sinniert Bernhard Oesterschlink aus Oberhausen, es sei immer „alles sehr geordnet zugegangen — aber vielleicht war das falsch“. Und Arbeitnehmer-Aufsichtsrat Manfred Pritzschke aus Essen will „niemand mehr besänftigen, sondern nur noch die radikalen Elemente unterstützen“.

Oesterschlink warnt: „Wenn die Masse uns mal entgleitet, dann können wir für nichts mehr garantieren.“ Und Josef Reimann, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Rheinstahl-Bergbau, sorgt sich: „Eines Tages wird es nicht mehr möglich sein, die Leute zu halten. Die Radikalität wird losbrechen, unkontrollierbar.“



... können wir schon lange“: Bergmanns-Demonstrationen

ner ein verschwommenes Bild von der Partei, deren Attraktion diese Verschwommenheit ist. In ihrem Allerweltsrahmen hat jede Wunschvorstellung Platz. Flugblattparolen wie „Stop aller Kohleimporte“ oder „Alle Kraftwerke müssen ab sofort bis zu 75 Prozent ihres Brennstoffbedarfs durch Kohle decken“ leuchten jedem Bergmann ein, und die Kumpels fühlen sich verstanden, wenn die „National-Zeitung“ den „Verrat an der deutschen Kohle“ geißelt und fragt: „Liegt Bonn etwa das Schicksal der US-Regierung enger am Herzen als die Existenz von ... deutschen Bergleuten?“

Betriebsratsvorsitzender Mamulla von „Recklinghausen II“ bekommt aus der Belegschaft Zeitungsausschnitte der „Deutschen Nachrichten“ mit dem Vermerk: „Bitte lesen.“ Sozialbetreuer Hasch notiert typische Äußerungen wie die: „Jetzt seid Ihr Sozis dran und tut auch nichts, was bleibt einem übrig, als NPD zu wählen.“ Und Betriebsrat Erwin Degens aus Bottrop

Katernberger „Zollverein“ gibt den Nationaldemokraten sogar „runde 18 Prozent“.

Dann könnte es, wie Funktionär Niggemeier bangt, bald wieder „so sein wie vor 33“ — als im Wahlkreis Düsseldorf-Ost, der etwa das halbe Ruhrgebiet einschloß, bei den Reichstagswahlen die NSDAP von 1,9 Prozent (1928) über 17 Prozent (1930) auf 32 Prozent (1932) kletterte.

Freilich, der nächste Wahltag ist fern. Näher schon liegt es, daß sich der angestaute Zorn in den Direktionsbüros und den Regierungsstuben entläßt, wenn wieder Zechenstilllegungen beschlossen werden. Von der regierenden SPD in Bonn und Düsseldorf erwartet kaum einer mehr Besserung. DGB-Funktionär Schluckebier sagt bitter: „Das böse Wort ‚Wer hat uns verraten — die Sozialdemokraten‘ wird uns von den Leuten wieder vor die Schnauze gehauen.“

Die Stilllegung der Zechen „Hansa“ (Dortmund-Huckarde), „Pluto“ (Wan-